



Udo Steinbach

# Die arabische Welt im 20. Jahrhundert

Aufbruch – Umbruch – Perspektiven

2., aktualisierte Auflage

**Kohlhammer**

*150 Jahre*  
**Kohlhammer**



Udo Steinbach

# **Die arabische Welt im 20. Jahrhundert**

Aufbruch – Umbruch - Perspektiven

Verlag W. Kohlhammer

2., aktualisierte Auflage 2017

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-032541-8

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-032542-5

epub: ISBN 978-3-17-032543-2

mobi: ISBN 978-3-17-032544-9

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>9</b>
<b>1 Der lange Weg ins 20. Jahrhundert – die Vorgeschichte</b> .....	<b>13</b>
1.1 Europäische Vorherrschaft .....	13
1.1.1 Ägypten .....	13
1.1.2 Nordafrika .....	21
1.1.3 Vorderer Orient .....	27
1.2 Reformbestrebungen .....	28
<b>2 Die geistige und gesellschaftliche Erneuerung bis 1914</b> .....	<b>31</b>
<b>3 Der Erste Weltkrieg und europäischer Imperialismus</b> .....	<b>36</b>
3.1 Das Ende der alten Ordnung .....	36
3.2 Die Nachkriegsordnung .....	44
<b>4 Die arabischen Länder in Einzeldarstellungen</b> .....	<b>53</b>
4.1 Der arabische Kernraum: Ägypten und der <i>Fruchtbare Halbmond</i> .....	54
4.1.1 Ägypten .....	56
4.1.2 Sudan .....	74
4.1.3 Syrien .....	86
4.1.4 Libanon .....	103
4.1.5 Jordanien und Palästina .....	118
4.1.6 Irak .....	159
4.2 Der Maghreb .....	183
4.2.1 Marokko .....	184
4.2.2 Tunesien .....	200
4.2.3 Algerien .....	212
4.2.4 Libyen .....	228
4.3 Die Arabische Halbinsel .....	238
4.3.1 Saudi-Arabien .....	239
4.3.2 Die Emirate am Persischen Golf .....	255
4.3.3 Jemen .....	277

4.4	Die Staaten am Rande der arabischen Welt .....	283
4.4.1	Mauretanien .....	283
4.4.2	Somalia .....	288
4.4.3	Dschibuti .....	294
4.4.4	Komoren .....	298
<b>5</b>	<b>Das 20. Jahrhundert – Wandel wohin? .....</b>	<b>302</b>
<b>6</b>	<b>Die arabischen Staaten in der internationalen Politik seit dem Zweiten Weltkrieg .....</b>	<b>319</b>
6.1	Die Koordinaten des Ost-West-Konflikts .....	319
6.2	Die Nahostpolitik der EU .....	334
6.3	Deutschland und die arabische Welt .....	338
<b>7</b>	<b>Am Beginn des 21. Jahrhunderts.....</b>	<b>349</b>
<b>8</b>	<b>Bibliographie .....</b>	<b>352</b>

## Vorwort

Die arabische Welt vom Atlantik bis zum Indischen Ozean ist ein Raum von enormer politischer, gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Vielfalt und Komplexität. Sprache, Geschichte und Religion der arabischen Völker machen es gleichwohl statthaft, von einem arabischen Raum (Kontext) zu sprechen. Mit der nationalstaatlichen Differenzierung aber sind zahlreiche unterschiedliche Ausprägungen (Subtexte) innerhalb desselben entstanden. Diese haben im Verlauf des 20. Jahrhunderts – definitiv mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – zu einzelstaatlicher Existenz gefunden. Die hier vorgelegte Darstellung macht den Versuch, den gesamtarabischen Kontext zu den Subtexten der einzelnen arabischen Staaten in Beziehung zu setzen.

Angesichts des dafür zur Verfügung stehenden – begrenzten – Platzes muss sich die Präsentation des Geschichtsverlaufs auf die wesentlichen Grundlinien beschränken. Sie muss sich auf die Ergebnisse der Forschung stützen; auf die Arbeit mit Quellen und auf die Ausbreitung kontroverser Standpunkte musste verzichtet werden. Deshalb erschien es auch nicht zwingend erforderlich, Aussagen jeweils im Einzelnen zu belegen. Eine umfassende Bibliographie soll dieses Manko ersetzen.

Der Zwang zu gestraffter Darstellung ließ es auch geraten erscheinen, die namentliche Erwähnung auf die wichtigsten Akteure zu begrenzen. Nur in wenigen Fällen (z. B. im Falle des ägyptischen Präsidenten und panarabischen Protagonisten Gamal [Dschamal] Abd an-Nasir [Nasser]) werden sie mehrfach genannt. In den allermeisten Fällen tauchen die Namen der Akteure (sowie Ortsnamen) lediglich dort auf, wo der Leser sie nach dem Inhaltsverzeichnis vermuten wird. Ein Index schien deshalb entbehrlich.

Die Darstellung des Geschichtsablaufs vollzieht sich auf beiden Ebenen: der übergeordneten regionalen und internationalen sowie der Ebene der einzelnen Länder als Mitglieder der Arabischen Liga. Diese Anlage machte es notwendig, beide Ebenen mit Querverweisen auf einander zu beziehen. Erst die komplementäre Lektüre ergibt ein abgerundetes Bild der geschichtlichen Wirklichkeit.

Problematisch ist die Umschrift der zahlreichen arabischen Eigen- und Ortsnamen, Sachbegriffe, Parteien sowie Institutionen und Organisationen. Es war unvermeidbar, Kompromisse zu machen. Die Eigen- und Ortsnamen werden in der Regel so wiedergegeben, wie sie der Leser aus den Medien und anderen verbreiteten Publikationen kennt; nur in Ausnahmefällen werden sie transskribiert. Dabei musste den Unterschieden zwischen Lautständen der deutschen, englischen und französischen Sprache Rechnung getragen werden. Wenn arabische Begriffe umschrieben werden, wird eine stark vereinfachte – und dem Leser, der der arabischen Sprache nicht mächtig ist, nachvollziehbare – Variante der von der *Deutschen Morgenländischen Gesellschaft*

(DMG) erarbeiteten Transkription verwendet. So kommt es z. B. zum Nebeneinander von Muhammad, Mohammed und Mohamed oder von Hassan und Hasan; auch die Kenntlichmachung der Abstammung durch das arabische »Sohn des« kann – je nach Lese- und Hörgewohnheit – sowohl als »ibn« als auch als »bin« auftauchen. Im Falle politischer Parteien, die – neben ihren arabischen – im Raum französischen Einflusses in der Regel französische, im Raum britischen Einflusses englische Bezeichnungen tragen, wurden die Namen unübersetzt und untranskribiert stehen gelassen, wo diese für den deutschen Leser ohnehin verständlich sind. Uneinheitlichkeiten mussten mit Bezug auf den deutschen Artikel in Kauf genommen werden – so etwa bei der Verwendung von Begriffen wie »Front« (im Englischen ohne Geschlecht, im Französischen maskulin, im Deutschen feminin) oder »Partei« (*party, le parti*). Dem dem deutschsprachigen Leser vertrauten Sprachgebrauch wurde in zahlreichen Fällen Vorrang vor philologischer Korrektheit gegeben.

Berlin, im Juli 2015

Udo Steinbach

## Einleitung

Für den Gang der Geschichte menschlicher Gesellschaften ist ein Jahrhundert nur selten identisch mit einem Jahrhundert der laufenden Zeitrechnung. Zeiteinheiten umfassen nicht notwendigerweise geschichtliche Ereignis- und Sinnzusammenhänge. Dies gilt auch für die arabische Welt »im 20. Jahrhundert«. In der hier vorgelegten Darstellung beginnt das 20. Jahrhundert mit dem Ende des Ersten Weltkrieges; d. h. mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Es endet 2010/11 mit dem Ausbruch der »dritten arabischen Revolte«.

Über Jahrhunderte gehörten weite Teile des arabischen Raumes – hier: zwischen dem Atlantik und dem Indischen Ozean – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – zu einem Großreich, innerhalb dessen eine spezifisch »arabische« Dimension kulturell nur bedingt und politisch nur marginal in Erscheinung trat. Im 16. Jahrhundert hatte die Expansion des Osmanischen Reiches den arabischen Raum erreicht. 1516/17 wurden Syrien und Palästina sowie Ägypten, im zweiten Viertel des 16. Jahrhunderts das Zweistromland und die Arabische Halbinsel samt dem Jemen dem Reich eingegliedert. 1574 hatte die osmanische Seemacht Tunis erobert. Nur der äußerste Westen Nordafrikas, in etwa das heutige Marokko, blieb außerhalb der Herrschaft der Sultane in Konstantinopel. Auch wenn eine sprachliche und kulturelle Vielfalt fortbestand, so lagen die Herrschaft, die Verwaltung sowie das Militär- und Rechtswesen im Prinzip in der Hand der Osmanen.

Erst im 19. Jahrhundert wurden Kräfte wirksam, »die Araber« zunächst als kulturellen später auch als politischen Raum wieder sichtbar zu machen. Die europäische Expansion setzte Bewegungen frei, die eine arabische geistig-kulturelle Eigentümlichkeit gegenüber dem politischen Zentrum in Konstantinopel betonten. Teile Nordafrikas und des Vorderen Orients wurden im Verlauf des 19. Jahrhunderts direkter oder indirekter Kontrolle vor allem Frankreichs und Englands unterworfen. Mit dem Untergang des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkrieges standen die Araber vor der doppelten Herausforderung: In einer radikal veränderten internationalen Ordnung ihren politischen Platz zu suchen; zugleich galt es – hier teilten sie die Herausforderung mit der Gemeinschaft der islamischen Völker insgesamt –, eine Antwort auf eine kulturelle und zivilisatorische Moderne zu finden, deren wesentliche Elemente von Europa (später auch den USA) vorgegeben waren.

Dieses 20. Jahrhundert lässt sich in zwei übergreifende Zeitabschnitte aufteilen: Der erste umfasst die Auseinandersetzung mit den europäischen Mächten, insbesondere Großbritannien und Frankreich (aber auch Italien und Spanien); eine Auseinandersetzung, die sich wesentlich als Streben nach Unabhängigkeit darstellt. Nahezu flä-

chendeckend war der arabische Raum zwischen dem Atlantik und dem Indischen Ozean unter die Herrschaft dieser Mächte geraten.

Diese geschichtliche Epoche ist seit den 1950er Jahren des 20. Jahrhunderts nahezu abgeschlossen. Neue Eliten, die sich unter der Herrschaft der europäischen Mächte entwickelt hatten, strebten nunmehr nach politischen und gesellschaftlichen Ordnungen, die in der sich ausprägenden neuen internationalen Ordnung einen eigenständigen Platz finden würden. Auch diese Suche freilich vollzog sich nicht allein gemäß innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Dynamiken. Sie war zugleich geprägt durch das Vordringen des Einflusses der USA und dem sich ausbildenden Konflikt mit der Sowjetunion. Das Streben beider »Supermächte« nach globaler Vorherrschaft hat die innere und äußere Entwicklung der jungen arabischen Staaten nachhaltig geprägt.

Diese Epoche endet zwar mit der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991. Noch immer aber lastet das Erbe sowohl des europäischen Imperialismus als auch des Ost-West-Konflikts auf den arabischen gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Der Prozess politischer und geistiger Selbstfindung und Selbstbestimmung ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Namentlich die Kräfte, die aus dem Islam heraus eine politische und gesellschaftliche Erneuerung anbieten, müssen – sofern sie sich nicht von vornherein durch gewalthafte Strategien ins Abseits manövrieren – erst noch beweisen, ob sie in der Lage sind, einen Platz innerhalb der komplexen Gemengelage politischer, wirtschaftlicher und kultureller Kräfte, die global wirksam sind, zu definieren.

Unter der »arabischen Welt« wird im vorliegenden Band der Raum verstanden, der durch die Mitglieder der Arabischen Liga abgebildet wird. So werden auch jene Länder einbezogen, die am Rande des arabisch geprägten Raumes liegen und deren ethnische, gesellschaftliche und kulturelle Strukturen zum Teil im Kontext des subsaharischen Afrika zu verorten sind. Ihre Arabisierung ist z. T. oberflächlich; die arabische Sprache ist eher Fremdsprache. Ihr Beitritt zur Arabischen Liga war im Wesentlichen politischen bzw. wirtschaftlichen Interessen geschuldet.

Neben dem formalen Kriterium der Mitgliedschaft in der Arabischen Liga definiert sich die »arabische Welt«, wie sie in der vorliegenden Arbeit verstanden wird, wesentlich durch die arabische Sprache. Sie ist die Muttersprache der weitaus größten Zahl der Bewohner des hier dargestellten Raumes. Jenseits der zum Teil tief greifenden Unterschiede der in den jeweiligen Gesellschaften gesprochenen Dialekte existiert eine arabische Hochsprache. Sie steht zur Sprache des Korans in einem engen Verhältnis. Mit der Vertiefung der Alphabetisierung, der Ausbreitung der allgemeinen Schulbildung sowie insbesondere der Medien, vor allem des Radios und des Fernsehens, bis in die letzten Winkel der arabischen Welt während der letzten Jahrzehnte ist das Hocharabische – jenseits der Dialekte – eine *lingua franca* panarabischer Kommunikation quer durch alle gesellschaftlichen Schichten geworden.

Die Zugehörigkeit zur arabischen Welt wird auch durch die Wahrnehmung gestärkt, Teil einer arabischen Kultur zu sein. Zwar ist der Koran eine Botschaft Allahs an alle Menschen; allein die Tatsache, dass Gott diese in der arabischen Sprache kommuniziert hat, verleiht das Bewusstsein, einem ausgezeichneten Volk anzugehören. Auf vielen Gebieten der Kunst und der Wissenschaft haben Araber (und Nicht-Araber in arabischer Sprache) zu einer Kultur der islamischen Welt insgesamt beigetragen. Auf zahl-

reichen Gebieten aber, namentlich der Dichtkunst und der Literatur, haben die Araber kulturelle Leistungen geschaffen, die tatsächlich in einer spezifischen Weise arabisch sind.

Die »arabische Welt« stellt sich – wie in der Geschichte so in der Gegenwart – alles andere als einheitlich dar. Nicht von ungefähr hat der bedeutende britische Historiker Albert Hourani von einer *Geschichte der arabischen Völker* gesprochen. Die Unterschiede liegen in den Strukturen und Verfasstheiten der politischen Systeme, in den Traditionen und Strukturen der Gesellschaften sowie in der Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen. Tief greifend unterschiedlich ist die Rolle der Religion in Politik und Gesellschaft.

Im 20. Jahrhundert lassen sich drei Großräume der arabischen Welt erkennen: Nordafrika, der Raum zwischen dem östlichen Mittelmeer (Libanon/Palästina) bis zum Persischen Golf (den arabische Nationalisten als Arabischen Golf bezeichnen) und der Arabischen Halbinsel. Ägypten bildet gleichsam die Schnittstelle aller drei Räume. Von der Entwicklung dieses Landes sind deshalb zeitweilig besonders starke politische und kulturelle Impulse auf die Entwicklung des arabischen Raumes insgesamt ausgegangen. Zugleich aber haben vor dem Hintergrund dieser geopolitischen Dreiteilung panarabische Impulse eine zumeist nur begrenzte Tragweite gehabt. Dem gegenüber lassen sich immer wieder intraregionale Zusammenhänge und Interaktionen konstatieren.

Wie eingangs bemerkt, beginnt das 20. Jahrhundert der »arabischen Welt« mit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Es endet mit dem Ausbruch der Revolten, Umbrüche und Revolutionen, die im Dezember 2010 in Tunesien ihren Ausgang genommen haben. Kein Platz in der arabischen Welt, an dem die Erschütterungen, die sich im Jahr 2011 in Ägypten, Jemen, Libyen, Syrien, Bahrain (und weniger dramatisch und weitreichend in anderen arabischen Ländern) fortsetzten, nicht gespürt worden wären. Sie werden als dritte arabische Revolte verstanden. Die erste Revolte arabischer Völker – beginnend mit dem Aufstand gegen die Osmanen im Ersten Weltkrieg – wurde nach dessen Ende u. a. in Libyen, Ägypten, Syrien, Palästina und dem Irak von den europäischen Kolonialmächten niedergeschlagen (s. die jeweiligen Länderdarstellungen). Die zweite Revolte beginnt mit der Revolution in Ägypten im Juli 1952; sie erfasst in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen weiteste Teile der arabischen Welt und zieht sich bis Ende der 1960er Jahre hin. Auch sie scheitert aus zahlreichen Gründen; sie werden im Einzelnen Gegenstand der Darstellung sein. Dazu gehören der maßlose Ehrgeiz einzelner politischer Führer, rivalisierende und widerstreitende Ideologien, trügerische Entwicklungskonzepte, der Konflikt mit Israel und auswärtige Einmischung aus wirtschaftlichen und politischen Interessen – zunächst im Rahmen des Ost-West-Konflikts, nach dessen Ende begründet mit »Sicherheitsinteressen« der großen Mächte. Am Ende der zweiten arabischen Revolte stehen autokratische und korrupte Regime.

Ende 2010/Anfang 2011 beginnt die dritte Revolte; ein Aufstand diesmal getragen von den Bürgern und Bürgerinnen selbst und geleitet durch die Forderung nach Würde und Gerechtigkeit. Die sozialen Medien sind ein entscheidendes Instrument beim Zustandekommen der Proteste. Wieder haben sie einen arabischen Zusammenhang (Kontext), zugleich aber zahlreiche Ausprägungen (Subtexte); jede arabische Gesellschaft stellt einen solchen dar. Die Proteste nehmen unterschiedliche Formen an; sie

haben einen eigenen Rhythmus und Verlauf und zeitigen sehr unterschiedliche Ergebnisse. Wie die neuen Ordnungen in den einzelnen arabischen Subtexten am Ende aussehen werden, wird sich erst in den kommenden Jahren erkennen lassen. Mit dem Ausbruch der Revolte 2010/11 hat für die arabischen Völker das 21. Jahrhundert begonnen; er markiert das Ende des 20. Jahrhunderts, welches Gegenstand der hier vorgelegten Darstellung ist. Nur mit wenigen Strichen wird der Beginn dieses 21. Jahrhunderts in den jeweiligen Länderkapiteln umrissen.

# 1 Der lange Weg ins 20. Jahrhundert – die Vorgeschichte

## 1.1 Europäische Vorherrschaft

### 1.1.1 Ägypten

Auch wenn das 20. Jahrhundert für die arabische Welt mit dem Ende des Osmanischen Reiches beginnt, so bedeutet diese Zäsur doch keineswegs eine Stunde Null. Durch das 19. und das beginnende 20. Jahrhundert hindurch haben sich die Rahmenbedingungen und Dynamiken herausgebildet, innerhalb derer sich die Geschichte der arabischen Welt im 20. Jahrhundert zu entfalten begann. Diese hatten sowohl eine äußere, die internationale Mächtekonstellation betreffende als auch eine innere Dimension, die sich aus der Auseinandersetzung der Eliten mit dem von Europa ausgehenden Modernisierungsdruck ergab.

Die neuere Geschichte Arabiens beginnt im Jahre 1798. Sie wird von Europa aus eingeläutet. Es war ein Kalkül im Kontext innereuropäischer machtpolitischer Auseinandersetzungen im Gefolge der französischen Revolution, das das »Direktorium« in Paris bestimmte, General Napoleon Bonaparte im Sommer eben dieses Jahres mit einer militärischen Expedition nach Ägypten zu betrauen. Politisches und strategisches Ziel des Unternehmens war es, die Verbindungen Englands, das sich seit 1793 mit dem revolutionären Frankreich im Kriegszustand befand, zu stören. Wie in den nachfolgenden zwei Jahrhunderten bis in die Gegenwart aber waren es zugleich von machtpolitischem Kalkül nicht zu trennende wirtschaftliche Interessen, die das Handeln europäischer Regierungen leiteten: Im Falle der napoleonischen Expedition ging es wesentlich um die Sicherung u. a. der Weizenlieferungen aus Ägypten an Frankreich und die Erschließung des Landes als Absatzmarkt für französische Produkte.

Mit der Einnahme Alexandrias am 2. Juli 1798 und der Besetzung Kairo nach der *Schlacht bei den Pyramiden* drei Wochen später beginnt der Einbruch Europas in den arabischen Raum, der damals fast vollständig noch Teil des Osmanischen Reiches war. Der Tross von Wissenschaftlern im Gefolge Napoleons, dessen Hauptaufgabe in einer umfassenden Bestandsaufnahme der altägyptischen Kultur bestand, manifestierte aber zugleich das erwachende Interesse an Geschichte und Kultur. Obwohl das militärische Unternehmen 1801 abgebrochen werden musste und Napoleon unter Zurücklassung seiner Truppen bereits Anfang November 1799 nach Paris zurückkehrte, war damit für den arabischen Raum der Beginn eines neuen Abschnitts seiner Geschichte eingeläutet. Die Araber waren nicht nur mit den kolonialen und imperialen Interessen Europas konfrontiert, sie mussten sich auch im Inneren mit politischen und kulturellen Ideen

und Triebkräften auseinandersetzen, die an der Wurzel der unabweisbaren Überlegenheit Europas standen. Diese Auseinandersetzung führte sie Jahrzehnte später auch zur Wiederentdeckung ihrer eigenen, arabischen Identität. Angesichts der unumkehrbaren Schwächung des Osmanischen Reiches würde sich schließlich – nach dem Ende des Ersten Weltkriegs – die Frage nach dem Platz der Araber im internationalen Kontext stellen.

In Ägypten brachte der französische Militärschlag die Jahrhunderte alte Herrschaft der Mamluken zum Einsturz. Als Mehmet (Muhammad) Ali nach internen Machtkämpfen 1805 vom Sultan zum Statthalter Ägyptens ernannt wurde, war dies der Beginn einer de facto Unabhängigkeit Ägyptens. Völkerrechtlich verblieb das Land bis 1914 unter osmanischer Oberhoheit. Mehmet Ali Pascha regierte bis 1848; die von ihm gegründete Dynastie sollte das Land bis zur Revolution im Jahre 1952 beherrschen.

In seiner langen Regierungszeit legte Mehmet Ali die Grundlagen eines modernen Staates. Besondere Aufmerksamkeit richtete er zunächst auf den Aufbau der Armee. Sie sollte die Sicherheit und Unabhängigkeit des jungen Staates gewährleisten. Zugleich war sie das Instrument des Herrschers, ehrgeizige Pläne territorialer Expansion durchzusetzen. Die Grundlage der Eigenständigkeit und Selbstbehauptung Ägyptens wurden wirtschaftliche Entwicklung und technische Erneuerung. Der Staat selbst forcierte die Industrialisierung. Zugleich übernahm er die Kontrolle über die landwirtschaftliche Produktion und die daraus erzielten Einnahmen. Dafür freilich mussten erst die innenpolitischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies geschah durch die Entmachtung der einheimischen Notabeln, die, soweit sie nicht ins Ausland flohen, zum Teil liquidiert wurden. An ihre Stelle sollte eine auf systematischer Ausbeutung basierende Armee treten, die europäischen Vorbildern nachgebildet war.

Für Mehmet Ali verbanden sich die wirtschaftliche Modernisierung und die Verwirklichung ehrgeiziger militärischer und politischer Ziele miteinander. Der Aufbau von Fabriken seitens des Staates diente zum einen den Bedürfnissen des militärisch-industriellen Komplexes. Zum anderen sollte sich die ägyptische Wirtschaft gegen den wachsenden Druck ausländischer Importe behaupten können. Dieser erwuchs namentlich aus England Konkurrenz, dessen industrielle Produktion nicht nur im kontinental-europäischen Maßstab an der Spitze lag, sondern zunehmend Märkte außerhalb Europas zu erschließen suchte.

Die Politik der Importsubstitution betraf vor allem den Sektor der Textilproduktion. Durch die Geschichte hindurch bis zum Beginn der 19. Jahrhunderts war Ägypten Agrarland gewesen. Ziel der Wirtschaftspolitik war es nunmehr, ihre Potenziale auf die Bedürfnisse eines auf Export ausgerichteten staatswirtschaftlichen Industrieapparates, aus dem der Staat Einnahmen erzielen würde, auszurichten. Die Vernichtung der mamlukischen Machtstrukturen, die nicht zuletzt auf der Steuerpacht beruht hatten, bot die Chance der Zentralisierung der aus Steuern in die Staatskasse fließenden Einnahmen.

Um die wirtschaftliche Entwicklung und technische Modernisierung voranzutreiben, bedurfte Mehmet Ali europäischer Erkenntnisse und Produktionsmethoden. So war der Herrscher in Kairo aufgeschlossen für die Potenziale des Wissens und der technischen

Fertigkeiten, die in Europa entwickelt worden waren. Sie hatten einen entscheidenden Anteil an der Überlegenheit der Europäer, die sich im Verhältnis zur außereuropäischen Welt und nicht zuletzt auch zum Osmanischen Reich herausgebildet hatte. Unter den Experten, die er ins Land holte, dominierten Franzosen. Als Berater aber saßen sie zugleich an maßgeblichen Positionen in jenen Bereichen, die vom Reformeifer Mehmet Alis erfasst waren. So stand ein Franzose an der Spitze der Ausbilder der Armee; man fand Franzosen in den entstehenden Industriebetrieben und in der Verwaltung. Eine besondere Rolle spielten sie auch bei der Ausbildung einheimischer Fachkräfte. In Bereichen wie Technik, Medizin, Pharmazie, Veterinärmedizin, Landwirtschaft und Verwaltung entstanden Fachschulen, die von Ausländern geleitet wurde. Besondere Aufmerksamkeit galt auch dem Erlernen von Fremdsprachen, namentlich des Französischen.

Zugleich wurden junge Ägypter zum Studium ins Ausland geschickt. Der ersten Studentenmission, die zum Studium technischer Fertigkeiten und Fachgebiete sowie der Sprache nach Frankreich geschickt wurde, war ein junger Mann beigeordnet, der in den kommenden Jahrzehnten in vielen Bereichen des Erziehungswesens und der Verwaltung eine nachhaltige Rolle spielen sollte, Rifa'a at-Tahtawi (1801–1873). Der Delegation, die u. a. aus 19 gebürtigen Ägyptern, acht Türken, je vier Armeniern und Tscherkessen sowie drei Georgiern bestand, war der junge an der traditionsreichen *al-Azhar*-Hochschule ausgebildete Theologe als Imam und geistlicher Betreuer zugeteilt. Über seinen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt (1826–1831) hat Tahtawi einen berühmten Bericht veröffentlicht. Eindrucksvoll bringt er darin seine Wissbegier und Aufgeschlossenheit zum Ausdruck, mit der er einer ihm völlig fremden Welt gegenübertritt. At-Tahtawi steht früh für jene Strömung in der arabischen Welt, die – bis weit ins 20. Jahrhundert für die Begegnung mit Europa offen war und keine grundsätzliche Unvereinbarkeit der Werte Europas und der islamischen Welt sah.

Die rigorose, ja gewaltsame Modernisierung, der Mehmet Ali die ägyptische Gesellschaft unterwarf, ist im Zusammenhang mit ehrgeizigen außenpolitischen Zielen zu sehen. Sie konzentrierten sich auf drei Schwerpunkte: die Erschließung von Märkten und Rohstoffquellen sowie die Kontrolle von Handelswegen. Der erste Schauplatz, auf dem sich die nach europäischen Vorbildern neu aufgestellte Armee bewähren sollte, war die Arabische Halbinsel. Dort hatte sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unter der politischen und militärischen Führung der Familie Sa'ud die religiöse Bewegung der Wahhabiten ausgebreitet. Ihr Gründer, Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1703–1793), hatte zu einem wortgetreuen Verständnis des Korans und der frühen Überlieferung des Propheten Muhammad (*sunna*) aufgerufen. In Muhammad ibn Sa'ud (starb 1766) hatte dieser nicht nur extrem konservative, sondern auch unduldsame Theologe gleichsam sein weltliches Schwert gefunden, das die Lehre der *wahhabiyya* gegen Mitte des 18. Jahrhunderts in den zentralen Teilen der Arabischen Halbinsel durchgesetzt hatte. Als die Wahhabiten zwischen 1803 und 1806 Mekka und Medina eroberten, bedeutete dies eine Herausforderung für den Sultan in Konstantinopel. Angesichts der Gefahr, radikale Wahhabiten könnten die ordnungsgemäße Ausrichtung der religiösen Pflicht der Pilgerfahrt gefährden, beauftragte der Sultan seinen – de jure noch immer – Statthalter in Kairo, die Wahhabiten aus den heiligen Städten zu vertreiben. Dies gelang

in den Jahren 1812/13. 1818 eroberten die Truppen Mehmet Alis auch Dir'iyya, den Stammsitz der Familie Sa'ud und zerstörten ihn. Damit gewann Mehmet Ali die Kontrolle über den Transithandel auf dem Roten Meer und über dessen östliche Küste.

Nach den militärischen Erfolgen auf der östlichen machte sich Mehmet Ali, nunmehr auf eigene Faust, an die Expansion auf der westlichen Seite des Roten Meeres. Von 1820 bis 1823 wurde der Sudan erobert (s. S. 74). Es waren hauptsächlich wirtschaftliche Interessen, die die Expansion leiteten. Für seine Armee suchte Mehmet Ali sudanesisische Söldner; daneben ging es um die Kontrolle des Afrikahandels. Während letzteres gelang, stellte sich ersteres als undurchführbar heraus; die Afrikaner erwiesen sich als den physischen Anforderungen eines Militärdienstes in Ägypten nicht gewachsen.

Die militärischen und politischen Interessen des Sultans und wirtschaftspolitische Hintergedanken seines Statthalters in Kairo konvergierten wiederum, als dieser aus Konstantinopel den Befehl erhielt, den griechischen Aufstand niederzuschlagen, der 1821 auf der Peloponnes begonnen hatte. Wenn sich Mehmet Ali darauf einließ, dann war das weniger der Entschlossenheit geschuldet, den Sultan dabei zu unterstützen, Machtpositionen des Reiches an seinen gefährdeten Rändern zu konsolidieren. Selbst im heute griechischen Teil Makedoniens gebürtig, spekulierte Mehmet Ali vielmehr darauf, eine ägyptische Machtposition in Griechenland zu errichten, von der aus er den Handel im östlichen Mittelmeer würde kontrollieren können. Tatsächlich konnten die ägyptischen Truppen zwischen 1825 und 1827 militärische Erfolge erzielen, die dieses Ziel in greifbare Nähe zu rücken schienen. Zum ersten Mal aber zogen europäische Mächte der ägyptischen Expansion eine rote Linie: Nicht nur hatten sich England, Frankreich und Russland 1827 auf die Unabhängigkeit Griechenlands verständigt; vielmehr erschienen die wirtschafts- und handelspolitischen Ziele Mehmet Alis in einer Reihe europäischer Hauptstädte, insbesondere in London, als Bedrohung eigener Wirtschaftsinteressen. Im Oktober 1827 kam es vor Navarino zu einer Seeschlacht, in der sich die ägyptisch-türkische Flotte auf der einen und ein Flottenverband Englands, Frankreichs und Russlands auf der anderen Seite gegenüber standen. Von Ibrahim Pascha (1789–1848), einem Sohn Mehmeds kommandiert, endete die Schlacht mit der vollständigen Niederlage des osmanischen Flottenverbandes.

Die Niederlage von Navarino und der Eintritt Griechenlands in die Unabhängigkeit bedeuteten eine weitere militärische Schwächung der Stellung des Sultans in Konstantinopel gegenüber seinen europäischen Rivalen. Mehmet Ali sah darin eine Chance, die Machtstellung Ägyptens gegenüber dem Reich weiter auszubauen. Seit langem hegte er Pläne, Syrien zu erobern. Für seine Industrieprojekte benötigte er syrische Rohstoffe, namentlich Holz für den Schiffbau sowie Seide und Öl für den Export. Unter einem relativ belanglosen Vorwand ließ Mehmet Ali 1831 seine Truppen, wiederum unter der Führung Ibrahim Paschas, in Syrien einmarschieren. Die Truppen überschritten das Taurusgebirge und drangen tief nach Anatolien ein. Bei Konya fügten sie Ende 1832 der im Neuaufbau befindlichen Armee des Sultans eine schwere Niederlage zu.

Auch wenn Mehmet Ali die Fortsetzung der Kampagne stoppte, so bedeuteten seine Forderungen, die Unabhängigkeit Ägyptens sowie die Annektierung Kilikiens, Syriens (gemeint ist immer der groß-syrische Raum [arab. *bilad asch-Scham*], der das heutige Syrien, den Libanon, Palästina und Jordanien umfasst) und Zyperns, doch eine tief

greifende Veränderung der machtpolitischen Gewichte im Raum des Vorderen Orients und östlichen Mittelmeers. Noch nachhaltiger als im Falle der Zukunft Griechenlands fühlten europäische Mächte ihre eigenen politischen, aber zunehmend auch wirtschaftlichen Interessen in dem Raum herausgefordert. Das Ziel Mehmet Alis, die ökonomischen Ressourcen des neuen Machtbereichs auszubeuten und auf diese Weise die militärische Macht und das politische Gewicht Ägyptens zu stärken, musste die Pläne europäischer Mächte durchkreuzen: Zwar war die Zeit für einen Untergang des Osmanischen Reiches noch nicht gekommen – zu unkalkulierbare Rückwirkungen hätte ein solcher zu diesem Zeitpunkt auf das europäische Machtgefüge, d. h. das prekäre Gleichgewicht der Mächte gehabt. Das Interesse in den europäischen Hauptstädten aber lag an einer kontrollierten Schwächung des Reiches. Eine neue Macht, gestützt auf eine monopolwirtschaftliche Ausbeutung der Ressourcen der Untertanen, war definitiv nicht in ihrem Interesse. So begleitete Ibrahim Pascha zwar seine ägyptischem Vorbild entlehnten drakonischen Maßnahmen forciertes wirtschaftlicher Entwicklung mit Reformen, die in Europa auf positive Resonanz stoßen sollten – unter ihnen war die völlige Gleichstellung von Christen und Muslimen die weitestreichende. Gleichwohl wurde der Druck auf Kairo stärker, sich europäischen wirtschaftlichen und politischen Interessen willfährig zu zeigen. Dabei wiesen die Interessen Englands bereits über den Mittleren Osten hinaus; zunehmend sah London den politischen und strategischen Stellenwert der Region im Lichte des Ausbaus der britischen Herrschaft auf dem indischen Subkontinent. Vor diesem Hintergrund sollte der Festigung der britischen Positionen im östlichen Mittelmeer und Indischen Ozean der Ausbau der britischen Präsenz am Persischen Golf und an den Rändern der Arabischen Halbinsel einhergehen.

Die Bedrohung der Interessen sowohl des Sultans als auch der europäischen Mächte, allen voran Englands, führte zu einer vorübergehenden Konvergenz der Entschlossenheit Konstantinopels und Londons, den eigenwilligen und machtbewussten Konkurrenten in Kairo in die Schranken zu weisen. Unter dem Druck der osmanischen und insbesondere britischen Regierung musste Mehmet Ali die eroberten Gebiete aufgeben; seine Armee wurde drastisch verkleinert und die Flotte aufgelöst. Politisch und militärisch in die Schranken gewiesen, musste er sich darüber hinaus einem Handelsabkommen unterwerfen, das die wirtschaftliche Stellung Ägyptens gegenüber den europäischen Mächten schwächte (1841). Wichtigste Punkte waren die Aufhebung der Monopole, das Verbot protektionistischer Maßnahmen und die Festlegung von Zollsätzen zugunsten europäischer Waren.

Damit war ein Experiment gescheitert, das dem einsetzenden europäischen Imperialismus im arabischen Raum ein Gegengewicht hätte entgegen setzen sollen. Immerhin aber war Arabien im Kontext des ägyptischen Strebens nach einer tatsächlichen Unabhängigkeit, wenn es dies auch noch nicht so deutlich gemacht hatte, als ein eigener geopolitischer Raum sichtbar geworden. Kairo war bei allen Einschränkungen, die mit der formalen Anerkennung der Oberhoheit des osmanischen Sultans seitens des Herrschers am Nil gegeben waren, zum Gegenpol Konstantinopels geworden. Hatten die osmanische Metropole und London für einen Augenblick am selben Strang gezogen, so sollte Ägypten für die verbleibende Zeit des Fortbestehens des Osmanischen Reiches von England zur Basis seiner politischen Ambitionen zwischen dem Mittelmeer und

dem Indischen Ozean und schließlich auch seiner militärischen Operationen gemacht werden, die spätestens mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges darauf gerichtet waren, das Osmanische Reich endgültig zu Fall zu bringen. Die britische Dominanz über Ägypten, die sich in den letzten Jahren der Herrschaft Mehmet Alis abzuzeichnen begann, sollte erst 100 Jahre später ihr Ende finden. Dann würde ein junger Offizier, namens Gamal Abd an-Nasir die Macht in Kairo übernehmen. Dieser aber würde nicht mehr landfremden, nämlich turko-tscherkessischen Ursprungs sein wie die Dynastie, die er 1952 stürzen sollte. Er würde Ägypter sein, von dem Ehrgeiz und der Vision beseelt, von Kairo aus der gesamten arabischen Welt nach 150 Jahren des europäischen Imperialismus einen von den Arabern selbst zu bestimmenden Platz in der internationalen Ordnung zu schaffen.

Die Nachfolger Mehmet Alis, Sa'ïd (1854–1863) und Isma'il (1863–1879) waren entschlossen, den Weg der Modernisierung Ägyptens fortzusetzen. Während sie die geistige und kulturelle Ausrichtung nach Europa vertieften, öffneten sie Ägypten zugleich den Einflüssen und Interessen europäischer Wirtschafts- und Finanzkreise. Der Baumwollexport wurde die Grundlage des Außenhandels. Aus den Einnahmen wurden ehrgeizige Entwicklungsvorhaben, insbesondere beim Ausbau der Infrastruktur und der Verwirklichung spektakulärer Bauvorhaben, finanziert. Da die Einnahmen nicht ausreichten, begannen sich die Herrscher zu verschulden; ausländisches Kapital strömte ins Land. Europäische Investoren engagierten sich in nahezu allen Bereichen des Wirtschaftslebens. Mit dem Einbruch beim Baumwollexport nach dem Ende des Bürgerkrieges in den USA, der hohe Gewinne erbracht hatte, (1865) ging die Schere von Staatseinnahmen und -ausgaben immer weiter auseinander. Der Bau des Suezkanals (1859–1869) liefert auf drastische Weise Anschauungsmaterial für den Prozess, der Ägypten immer tiefer in die Abhängigkeit von ausländischen Finanzinteressen brachte. Machenschaften englischer und französischer Gläubiger ließen die Baukosten explodieren. Am Ende saß Isma'il auf einem Schuldenberg, den er – am Ende vergeblich – 1875 durch den Verkauf der Anteile Ägyptens an der Suezkanalgesellschaft an die britische Regierung abzutragen hoffte. Damit aber war die Wasserstraße unter die Kontrolle Großbritanniens geraten. Sie sollte erst 1956 beendet werden.

Der Suezkanal war nur das spektakulärste Beispiel für die verhängnisvolle Wechselwirkung zwischen herrscherlichem Ehrgeiz, finanzpolitischer Misswirtschaft und dem Interesse ausländischer Kapitalgeber. Für den Herrscher selbst sollten spektakuläre Bauprojekte nicht zuletzt auch Eigenständigkeit und Ebenbürtigkeit gegenüber dem osmanischen Rivalen in Konstantinopel manifestieren. Tatsächlich erhielt Isma'il 1867 vom Sultan die Würde eines Vizekönigs und trug fortan den der persischen Sprache entlehnten Titel *Khedive*. Immer tiefer freilich geriet Isma'il in die Schuldenfalle. In immer neuer Folge kurzfristiger Schulden und langfristiger Staatsverschuldungen vertiefte sich die Abhängigkeit nicht nur von privaten Kapitalgebern, sondern auch von europäischen Regierungen. Diese gründeten im Mai 1876 die *Caisse de la Dette Publique*, die die Gesamtverschuldung Ägyptens auf 91 Millionen Pfund festsetzte. Mit der Aufsicht über die Finanzverwaltung wurden im November desselben Jahres je ein britischer und französischer Generalkontrollleur beauftragt. Ägypten stand nun unter Zwangsschuldenverwaltung. Damit hatte auch der Prozess der politischen Entmachtung

des Khediven begonnen. Er beehrte auf, als 1878 auf Druck aus London und Paris je ein Brite – als Finanzminister – und ein Franzose – als Minister für öffentliche Arbeit – in das Kabinett aufgenommen werden mussten. Daraufhin setzten England und Frankreich beim Sultan seine Absetzung durch. Isma'ıl wurde ins Exil geschickt; er ging nach Konstantinopel. Sein Sohn Taufiq (1879–1892) wurde zu seinem Nachfolger gemacht. Mit der Unterwerfung unter internationale Schuldenverwaltung aber war der Khedive seinem nominellen Oberherrn, dem Sultan in Konstantinopel, gefolgt, der sich bereits im Oktober 1875 zu diesem Schritt gezwungen gesehen hatte.

Die Entwicklungen brachten eine Protestbewegung ins Rollen, wie sie Ägypten bis dahin noch nicht erlebt hatte. An ihre Spitze traten mittlere Ränge des Offizierskorps; ihr führender Kopf war Oberst Ahmad Orabi (1839–1911). Darin wurden die Veränderungen erkennbar, die sich in der ägyptischen Gesellschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten vollzogen hatten. Das Motto der Orabi-Bewegung: »Ägypten den Ägyptern«, war nicht nur gegen die Einmischung des Auslands gerichtet; es war auch ein Protest gegen eine politische und gesellschaftliche Oberschicht, die in Teilen noch immer nicht-ägyptischer, insbesondere turko-tscherkessischer Herkunft war. Großgrundbesitz sowie die Spitzenpositionen in der Verwaltung und der Armee waren die Grundlagen ihres Einflusses. Das Interesse am Erhalt von Wohlstand und Macht verflocht sie zum einen eng mit dem Herrscherhaus. Zugleich teilten sie das Interesse ausländischer Finanzakteure, den finanziellen Zusammenbruch Ägyptens zu verhindern, der ihre eigene Machtstellung erschüttert hätte. Vor diesem Hintergrund waren sie bemüht, gesellschaftliche Kräfte, namentlich aus dem Mittelstand, die nach politischer Mitbestimmung strebten, von der Teilhabe an der Macht fern zu halten. Mit der Absetzung Isma'ıls hatte auch das ihn umgebende Netzwerk der Machterhaltung Risse bekommen. Ein politisches Vakuum schien sich aufzutun. Für eine Allianz politisch liberaler Kräfte, religiöser und intellektueller Persönlichkeiten sowie hoher Offiziere, die nach der Einführung einer Verfassung strebten, schien der Augenblick gekommen, ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen, deren Umsetzung das an der Macht befindliche System bislang blockiert hatte, zu verwirklichen. Indem ausländische Kontrolleure de facto die Macht übernahmen, sahen sie sich abermals blockiert.

Dass sich mit Orabi, ein Offizier an die Spitze des Protestes setzte, war kein Zufall. In den vergangenen Jahrzehnten waren autochthone Ägypter in der Armee aufgestiegen. Sie waren von den jüngsten Entwicklungen doppelt betroffen. Zum einen sahen die ausländischen Finanzkontrolleure die Existenz einer Armee, die nicht zuletzt auch ein Statussymbol des Khediven war, als überflüssig an und verordneten hier drakonische Sparmaßnahmen. Zum anderen hatten Offiziere turko-tscherkessischer Abstammung den Aufstieg ägyptischstämmiger Offiziere in die militärischen Spitzenpositionen jahrzehntelang blockiert. Ganz natürlich traten diese jetzt an die Spitze einer Bewegung, deren treibende Männer die Zeit gekommen sahen, Ägypten ein nationales Profil zu geben und das politische System auf den Prinzipien von Konstitutionalismus und Parlamentarismus zu gründen.

1881 wurde ein Gesetz zur Einberufung einer Deputiertenkammer verabschiedet. Als diese zusammentrat, wurde bald deutlich, dass sie eine eigenständige Politik anstrebte. Die Aussicht auf eine Regierung, die ausländischen Interessen gegenüber weniger

nachgiebig sein würde, ließen in Europa die Entscheidung reifen, sich militärisch einzumischen. Im Juli besetzten die Briten Alexandria und begannen mit dem Vormarsch ins Landesinnere. Orabi war zu dieser Zeit Chef einer unbotmäßigen Regierung und Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee. Fünf Wochen benötigten die Briten, bis sie gegen den heftigen, letztlich aber erfolglosen militärischen Widerstand im September 1882 in Kairo und die Suezkanalzone einrückten. Orabi wurde verhaftet und schließlich in die lebenslange Verbannung in die britische Kolonie Ceylon (heute Sri Lanka) geschickt. Nach 18 Jahren konnte er in die Heimat zurückkehren, wo er noch weitere zehn Jahre – als unpolitischer Beobachter – verbrachte.

Die Entscheidung militärisch einzugreifen war nicht ohne offizielle Rechtfertigung gefallen. Sie schien mit einem »Hilferuf« des Khediven Muhammad Taufiq gegeben, der fürchten musste, von der Protestbewegung abgesetzt zu werden. Die Wirklichkeit war jedoch komplexer. Zum einen erfolgte die Besetzung Ägyptens ein Jahr nach der Besetzung Tunesiens durch Frankreich (1881). Das Ringen europäischer Mächte um Einfluss im Mittelmeerraum und Nahen Osten hatte eine weitere Eskalation erfahren. Wichtiger aber war zum anderen, dass man in London befürchten musste, dass das Gebäude der finanziellen und wirtschaftlichen Kontrolle einstürzen würde; der Druck von Seiten der Repräsentanten der britischen Finanz- und Handelsinteressen wuchs, dieser Gefahr entgegen zu wirken. Und noch ein dritter Faktor bestimmte schließlich den Entschluss in London: Angesichts des Ausbaus der britischen Handelsinteressen und politischen Macht in Süd- und Ostasien hatte der Suezkanal eine rasch wachsende im weitesten Sinn strategische Bedeutung gewonnen. In Verbindung mit der Übernahme Zyperns – 1878 hatte das Osmanische Reich die Insel an Großbritannien verpachtet; mit Kriegsausbruch 1914 sollte sie annektiert werden – wurde Ägypten ein Stützpunkt, von dem aus England die Kontrolle über das östliche Mittelmeer und den Nahen Osten ausüben konnte. Damit war auch ein wichtiger Schritt zur Absicherung britischer Interessen auf dem indischen Subkontinent und darüber hinaus getan.

Mit der Herrschaft über Ägypten war England auch die Herrschaft über den Sudan zugefallen, welcher von den Truppen Mehmet Alis in den 1820er Jahren erobert worden war. Nach dem Ende des Staates, den der Mahdi (s. S. 74 f.), der Führer einer religiösen Erweckungsbewegung, 1885 gegründet hatte, wurde der Sudan 1899 Teil eines ägyptisch-britischen Kondominiums, das bis 1955 Bestand haben sollte.

Bis 1907 war Sir Evelyn Baring, der spätere Lord Cromer, als britischer Generalkonsul der wahre Herrscher über Ägypten. Er errichtete ein System indirekter Herrschaft, gleichsam ein verschleiertes Protektorat. Er und britische Berater, die fortan in den wichtigsten Ministerien in Kairo das Sagen hatten, regierten Ägypten durch den Khediven und Marionetten-Minister. Neben der britischen Dominanz aber bestand die – legale – Oberhoheit des Sultans in Konstantinopel fort.

Anders als die nationalen Bewegungen in Südosteuropa, die zur Entstehung expandierender Nationalstaaten geführt hatten, war der Versuch Mehmet Alis und seiner Nachfolger, Ägypten zu einer eigenständigen Macht zu emanzipieren, gescheitert. Die Gründe dafür sind vielfältig: Sie reichen von unzureichend bedachten, auf Nachahmung Europas beruhenden Konzepten namentlich wirtschaftlicher Erneuerung über den

Widerstand europäischer Mächte, die das Land sehr bald vor allem finanzpolitisch unter ihre Kontrolle zu bekommen verstanden (während sich die Nationalbewegungen in Südosteuropa der Unterstützung europäischer Mächte erfreuten), bis zu der Tatsache, dass trotz des teilweise rücksichtslosen Vorgehens Kairo gegen die Machtinteressen des Sultans islamisch begründete Loyalitäten fortbestanden, die die Handlungsspielräume der Herrscher in Kairo einschränkten.

### 1.1.2 Nordafrika

Die eingehendere Darstellung der Entwicklung Ägyptens im 19. Jahrhundert soll paradigmatisch auch für andere Teile des weitesthin noch immer unter osmanischer Herrschaft stehenden arabischen Raumes gelesen werden. Bestrebungen zu politischer Emanzipation, wirtschaftlicher Entwicklung, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Modernisierung waren auch andernorts sichtbar. Soweit diese den Interessen der in ihrem Machtanspruch expandierenden europäischen Mächte entsprachen, wurden sie darin unterstützt. Bald aber kam der Punkt, an dem dies nicht mehr der Fall war. Dann wurden alle Hebel politischer, wirtschaftlicher, finanzpolitischer und am Ende militärischer Natur in Bewegung gesetzt, eine umfassende europäische Kontrolle durchzusetzen.

Der Besetzung Ägyptens war die Besetzung von Tunis durch Frankreich (1881) vorangegangen. Diese wiederum war die Fortsetzung eines radikalen Kolonisierungsprojekts, das 1830 mit einer militärischen Operation Frankreichs gegen Algier seinen Anfang genommen hatte. Die nordafrikanische Küste, mit der Ausnahme des heutigen Marokko, war im 16. Jahrhundert unter der Herrschaft Sultan Süleyman des Prächtigen (1520–1566) unter osmanische Herrschaft gekommen. Die lokalen Machthaber in Tunis, Tripolis, Algier und anderen Küstenstädten standen in der Folgezeit zwar unter der Kontrolle Konstantinopels; die lokalen Allianzen aber zwischen osmanischen Militärs, einheimischen Korsaren – die Piraterie machte über Jahrhunderte einen erheblichen Anteil der Einnahmen aus – und herkömmlichen städtischen Eliten genossen aber zugleich ein weithin wirtschaftliches und politisches Eigenleben. An den Handelsverbindungen der nordafrikanischen Stadtstaaten hatten Portugal, Spanien und Frankreich einen erheblichen Anteil.

So bestanden am Ende des 18. Jahrhunderts zwischen Frankreich und Algier rege Handelsbeziehungen. Ein Disput zwischen Paris und Algier über die Zahlung lang fälliger französischer Schulden eskalierte zu einer militärischen Auseinandersetzung. Was genau geschah, ist umstritten: Hat Dey Husain (1818–1830; *dey*: Titel des osmanischen Regenten in Algier) den französischen Konsul anlässlich einer Audienz 1827 mit seiner Fliegenklappe nur berührt oder geschlagen? – jedenfalls blockierten die Franzosen daraufhin den Hafen von Algier. Den Ausschlag für eine regelrechte militärische Expedition zur Absetzung des Deys gaben innenpolitische Erwägungen in Paris. In seiner Auseinandersetzung mit der Opposition bedurfte König Karl X. eines außenpolitischen Erfolges. Ihn suchte er sich gegen den Dey zu gewinnen. Am 5. Juli 1830 streckte dieser vor dem Expeditionsheer die Waffen. Die französischen Eroberer

stürzten sich auf den auf 150 Millionen Franc geschätzten Staatsschatz. Karl X. überlebte Dey Husain politisch nur um einen Monat. Im August musste er dem »Bürgerkönig« Louis-Philippe Platz machen.

Eher zögerlich begann die Ausbreitung der Besatzung über das Gebiet der Stadt Algier hinaus. Dagegen freilich erhob sich bald ein Widerstand im Lande: Seine Träger waren die örtlichen politischen Führungsschichten und angesehene religiöse Persönlichkeiten. Je härter der Kampf geführt wurde und je länger er sich hinzog, umso nachhaltiger festigte sich auf französischer Seite die Entschlossenheit, das Land flächendeckend zu unterwerfen. Ein Jahrzehnt nach der eher beiläufigen und in Paris keineswegs unumstrittenen militärischen Eroberung der Stadt Algier fiel die Entscheidung. In den folgenden Jahren wurde das Land von französischen Truppen erobert.

Die Unterwerfung Algeriens erfolgte mit großer Härte. Legendärer Träger des Widerstandes wurde zunächst Abd al-Qadir (1808–1883). Mit seinem religiösen Charisma als führendes Mitglied der religiösen Bruderschaft der Qadiriyya verband Abd al-Qadir militärisches Führungsgeschick. Es gelang ihm, die Ausrüstung seiner Stammesverbände zu verbessern. Zeitweilig schienen die Franzosen auch bereit, die Macht in Algerien mit ihm zu teilen. Dies aber war nur ein kurzes Atemholen auf dem Weg der totalen Okkupation. Am 23. Mai 1847 musste er schließlich kapitulieren. Er ging ins Exil nach Damaskus, wo er sich hoch angesehen bis zu seinem Lebensende religiösen Studien widmete.

Zahlreiche weitere, meist örtliche Erhebungen vermochten den Vormarsch der Franzosen nicht zu stoppen. Mit besonderer Grausamkeit reagierten die Franzosen auf die Revolte Muhammad al-Hadsch al-Muqrani's, des Führers eines Stammes westlich von Constantine. Nach seiner Niederschlagung im Januar 1872 kam es zu umfassenden Enteignungen einheimischen Landbesitzes. Er wurde französischen Siedlern (*colons*) zum Kauf angeboten. Diese Entwicklung war vom Ausbau einer französisch dominierten Zivilverwaltung begleitet. Zur Zeit der Niederschlagung des Aufstandes al-Muqrani's betrug die Zahl der Siedler rund 225 000. Der Landnahme ging der Ausbau der Infrastruktur einher.

Bereits 1848 waren Algerien zum französischen Staatsgebiet und die Provinzen Oran, Algier und Constantine zu *Départements* erklärt worden. Ein Senatsbeschluss von 1865 hatte alle Bewohner Algeriens zu Franzosen erklärt. Sie unterstanden einem speziell geschaffenen muslimischen Rechtsstatut (*statut musulman*), das sie von öffentlichen Ämtern ausschloss und ihnen das Wahlrecht verweigerte - es sei denn, sie gaben ihren muslimischen Rechtsstatus (besonders im Ehe- und Erbrecht) zugunsten des *Code Napoléon* auf; andererseits aber unterlagen sie der allgemeinen Wehrpflicht. Der Unterricht in der arabischen Sprache war ebenso verboten wie die Bildung von Gewerkschaften. Die französischen Siedler waren im Parlament in Paris vertreten, während die einheimischen Muslime als »Untertanen« Bürger zweiter Klasse blieben. Am Ende des Ersten Weltkrieges war die Zahl der Einheimischen, die einen gleichberechtigten bürgerlichen Status wie die französischen Siedler hatten, zwar gestiegen; noch immer aber war es schwer, den Schritt der Gleichstellung und Gleichberechtigung zu vollziehen. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Fläche des franzö-

sischen Siedlern gehörenden Landes im Norden Algeriens 2,3 Millionen Hektar, etwa 39 % der gesamten agrarisch nutzbaren Fläche.

Der Beschluss der Expedition gegen Algier war noch nicht einem kolonialistischen Design entsprungen. Im Gegenteil, in Teilen der französischen Öffentlichkeit war er sogar auf Ablehnung gestoßen. Erst im Zuge der kontinuierlichen territorialen Expansion festigte sich die Idee der systematischen Unterwerfung des gesamten Landes. Die nach und nach ins Land kommenden Siedler übten Druck auf die Armee und die Regierung in Paris aus, Verwaltungsstrukturen zu schaffen, die ihre Präsenz und eine koloniale Vorherrschaft der Franzosen dauerhaft absichern würden. Mit der zugunsten der *colons* erfolgenden Verteilung weiter Ländereien nahm die französische Herrschaft unübersehbare Züge eines Siedlerkolonialismus an.

Auf der anderen Seite kann nicht davon gesprochen werden, der Widerstand gegen die Franzosen sei von einem national-algerischen Geist getragen gewesen. Persönlichkeiten wie Abd al-Qadir und spätere Führer von Aufständen standen in der Tradition lokaler und regionaler Herrschaftsausübung, die sie durch die Franzosen bedroht sahen. Nicht zuletzt war die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage ihrer Machtausübung durch den Ausbau der französischen Verwaltung gefährdet. Gegebenenfalls war man bereit, sich mit Frankreich zu arrangieren; doch hielten entsprechende Vereinbarungen nur so lange, wie die Verwaltung der Siedler dies im eigenen wirtschaftlichen Interesse für opportun ansah.

Mit der Festigung kolonialer Strukturen in Algerien war in Paris freilich der Appetit geweckt; nun bot sich Tunesien als nächster Schauplatz an, einverleibt zu werden. Wie Ägypten besaß auch Tunesien im Osmanischen Reiche im 19. Jahrhundert ein hohes Maß an Selbständigkeit und konnte eigene Entwicklungsprojekte in die Wege leiten. Ahmad Bey (1837–1855) war ein Reformler, der sich in seinen Maßnahmen an Muhammad Ali in Ägypten orientierte. Diesem kam er in seinem Ehrgeiz, eine neue Armee aufzubauen, nahe. Er richtete eine Militärakademie ein und gründete Betriebe für die Produktion von Waffen und Uniformen. Aus Frankreich importierte er die erforderliche Technik und holte von dort die Fachleute, um die unterstützenden Gewerbezweige, Waffen- und Textilfabriken aufzubauen. Ehrgeizige Bauvorhaben, die zum Teil niemals fertig ausgeführt wurden, taten ein übriges, Tunesien in die Schuldenfalle zu treiben. Seine Nachfolger folgten diesem Kurs. Zu den aufwändigen Infrastrukturprojekten gehörte der Bau einer Eisenbahnlinie von Tunis zum Hafen La Goulette, für den eine britische Firma die Konzession erhielt. 1869 führte der Anstieg der Verschuldung zum Bankrott Tunesiens. Der Bey musste seine Souveränität an eine internationale Finanzkommission abtreten. Er war der erste Herrscher auf dem Boden des Osmanischen Reiches, vor dem Sultan in Konstantinopel und dem Khediven in Kairo, der zu diesem Schritt gezwungen war.

In den 1870er Jahren verständigten sich die europäischen Mächte Zug um Zug über die Aufteilung von Gebieten des Osmanischen Reiches im Mittelmeerraum. Auf dem Berliner Kongress (1878) war schließlich diesbezüglich Einvernehmen erzielt worden. Nachdem Zypern unter britische Herrschaft geraten war, suchte Frankreich, das seinen Einfluss im Mittelraum zu stärken bemüht war, gleichsam eine Entschädigung. Angesichts des ohnehin bereits bestehenden Einflusses und der praktizierten Schuldenver-

waltung lag es aus Pariser Sicht nahe, den Blick auf Tunesien zu richten. Dort freilich war der Bey peinlich bemüht, seinen Verpflichtungen nachzukommen; das 1879 an ihn herangetragene Ansinnen, ein französisches Protektorat über Tunesien zu errichten, lehnte er ab. Um in der Angelegenheit voran zu kommen, musste der mittlerweile eingübte Trick einmal mehr Anwendung finden. Den Konkurs eines französischen Staatsangehörigen nahm der Konsul in Tunis 1880 zum Anlass, um drastisch überhöhte Entschädigungsforderungen geltend zu machen. Als das nichts fruchtete, verstärkte Frankreich den unmittelbaren Druck. Auf die Beschuldigung hin, Angehörige eines Stammes seien plündernd von Tunesien aus auf algerisches Gebiet vorgedrungen, überquerte im März 1881 eine französische Kavallerieeinheit die Grenze und rückte auf Tunis vor. Als die Franzosen auch von See aus angriffen, wurde die Lage für den Bey unhaltbar. Am 12. Mai 1881 sah er sich gezwungen mit den Franzosen einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem er seine Bindungen an das Osmanische Reich aufgeben und die Souveränität Tunesiens an Frankreich abtreten musste. Tunesien war unter Fremdherrschaft geraten. Anders als im Falle Algeriens aber, das als Siedlungskolonie Frankreich einverleibt wurde, behielten der Bey und seine Verwaltung Spielräume formaler Eigenständigkeit. Gleichwohl lag die eigentliche Macht ausschließlich beim französischen Generalresidenten und seiner Verwaltung.

Marokko war das nächste nordafrikanische Land, das ins Fadenkreuz europäischer kolonialistischer Ambitionen geriet. Über nahezu zwei Jahrzehnte feilschten Frankreich, England, Italien, Spanien und am Schluss auch Deutschland um die Machtverteilung im westlichen Mittelmeer. Erst das im April 1904 zwischen London und Paris geschlossene Abkommen, das als *entente cordiale* in die Geschichte einging, bestätigte den Anspruch Frankreichs »vornehmlich weil es auf einer langen Strecke Marokkos Grenznachbar ist«, so in dem Abkommen, »über die Ruhe in diesem Land zu wachen und ihm bei allen Verwaltungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Militärreformen, deren es bedarf, Beistand zu leisten«. Nachdem auch Spaniens Ansprüche mit der vertraglichen Überlassung eines Teils der marokkanischen Mittelmeerküste erfüllt waren (Oktober 1904) und schließlich auch Deutschland, durch die Überlassung eines Teils von Französisch-Kongo, abgefunden werden konnte, war der Weg frei, Marokko dem Herrschaftsanspruch Frankreichs zu unterwerfen.

Auch der marokkanische Sultan hatte gegen Ende des Jahrhunderts begonnen, das Land im Ausland zu verschulden; entsprechend verstärkte sich die europäische Einflussnahme. 1907 kam es zu Übergriffen gegen ausländische Unternehmen. Als die Franzosen zur Vergeltung dafür darangingen, marokkanische Städte zu besetzen, erzwang eine Rebellion die Absetzung des Sultans. Das Unheil aber war nicht mehr abzuwenden. Paris verstärkte nun den militärischen Druck und setzte die schrittweise Besetzung von Teilen des Landes fort. Dem hatte der marokkanische Herrscher schließlich nichts mehr entgegen zu setzen. In Fes musste Moulay Abd al-Aziz am 30. März 1912 einen Vertrag unterschreiben, der Marokko zu einem Protektorat Frankreichs erklärte.

Schließlich war auch Spanien bemüht, die mit den europäischen Mächten vereinbarten Ansprüche umzusetzen. Die Wurzeln der Interessen Madrids an der nordafrikanischen Küste lassen sich lange vor der Errichtung der alawidischen Dynastie in

Marokko festmachen. Bereits im 15. Jahrhundert hatten sich die Spanier in Ceuta und Melilla festgesetzt. Im kolonialistischen europäischen Ringen um politischen Einfluss und wirtschaftlichen Profit beanspruchten sie nun ihren Part. Um freie Hand zu haben, die eigenen Pläne zu verwirklichen, erklärte sich Frankreich bereit, einen Teil der marokkanischen Mittelmeerküste der spanischen Einflussphäre zu überlassen. Der Vertrag von Fes schrieb die Teilung Marokkos in drei Teile fest. Die Nordzone sowie das in Südmarokko gelegene Ifni und der Gebietsstreifen von Tarfaya (zwischen Marokko und der »Spanischen Sahara«) wurden unter spanisches, der Rest des Landes unter französisches Protektorat gestellt. Tanger erhielt einen Sonderstatus und unterstand französischer und spanischer Polizeikontrolle (bis es 1923 einen »internationalen« Status erhielt). Gemäß dem Vertrag von Fes übernahm Frankreich die Verantwortung für die Verteidigung, die Außenpolitik, die wirtschafts- und finanzpolitischen Angelegenheiten sowie für innenpolitische Reformen.

Als der erste französische Generalresident Marschall Hubert Lyautey (1854–1934) eintraf, befanden sich Teile des Landes im Aufstand gegen die Politik des Sultans, die das Land an Frankreich ausgeliefert hatte. Lyautey's Antwort war eine doppelte: Auf der einen Seite ging er militärisch gegen die Aufständischen vor; auch zwang er Sultan Moulay Abd al-Hafiz, den er für unzuverlässig hielt, zum Rücktritt und ernannte an seiner Stelle mit Moulay Youssef (reg. 1912–1927) einen gefügigeren Herrscher. Auf der anderen Seite ließ er überkommene politische und gesellschaftliche Strukturen bestehen und war bemüht, über sie die Macht auszuüben. Die französische Kolonialpolitik sollte auf diese Weise einen Firnis von Akzeptanz erhalten. Gleichwohl war der Widerstand stark. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges kontrollierten die Franzosen ein Gebiet, das sich von Fes nach Marrakesch erstreckte, einschließlich der Küstenstädte Rabat, Casablanca und des neuen Hafens Kénitra. Die Tatsache freilich, dass im Ersten Weltkrieg 34 000 marokkanische Soldaten an den Fronten Frankreichs – einschließlich in Syrien – eingesetzt wurden, lässt erkennen, dass sich Paris der Gefolgschaft der Marokkaner in den »befriedeten« Teilen des Landes sicher war.

Zuvor bereits war es auch Italien gelungen, einen Teil seiner Ansprüche durchzusetzen. Im Ringen um die Beherrschung der nordafrikanischen Mittelmeerküste fand sich Rom in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu kurz gekommen. Dies galt besonders mit Blick auf Tunesien, wo zum Zeitpunkt der Besetzung durch Frankreich die Italiener den größten Anteil an der nicht-tunesischen Bevölkerung hatten; auch hatten sie dort erhebliche wirtschaftliche Investitionen getätigt. Das italienische Interesse an Marokko war eher gering gewesen; und so war es Paris relativ leicht gefallen, die Zustimmung Roms zu seiner Politik in Marokko mit der Versicherung zu erkaufen, dass es einer Besetzung Libyens keinen Widerstand entgegenzusetzen würde. Dort hatte das Osmanische Reich erst in den 1840er Jahren wieder eine direkte Verwaltung über die Provinzen Tripolitanien und Cyrenaika eingeführt, die sich freilich auf die Unterhaltung eines zahlenmäßig schwachen militärischen Kontingents beschränkte. Nach der jungtürkischen Revolution 1908 hatte Konstantinopel Maßnahmen ergriffen, die Niederlassung namentlich italienischer Siedler zu unterbinden. Rom entschied sich nun für militärische Gewalt und erklärte den Osmanen im September 1911 den Krieg, den es angesichts des osmanischen Widerstands bald auf das

östliche Mittelmeer ausdehnte. Im April/Mai 1912 besetzten die Italiener Rhodos und andere Inseln der Dodekanes. Um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern, intervenierten die europäischen Mächte diplomatisch: Im Oktober 1912 wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet; Libyen wurde wie Algerien unter direkte koloniale Verwaltung gestellt.

Ende 1912 befand sich die gesamte nordafrikanische Küste, von der Straße von Gibraltar bis zum Suezkanal, unter europäischer Kolonialherrschaft. Dies trifft auch für die südlich an Marokko und südwestlich an Algerien entlang der Atlantikküste angrenzenden Gebiete der Sahara zu. Im 19. Jahrhundert waren sie zu französischem bzw. spanischem Kolonialbesitz gemacht worden. Durch die Geschichte hatten diese Gebiete nicht zuletzt den berberischen und arabischen Herrschaften unterstanden, die auf dem Gebiet des heutigen Marokko errichtet worden waren. Seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts gerieten vor allem die mauretanischen Küstengebiete in den Machtbereich Portugals. In den folgenden Jahrhunderten gewannen nacheinander dort auch Spanien, Holland und Großbritannien wirtschaftliche Positionen. Um eine Sicherheitszone zwischen seinen west- und nordafrikanischen Besitzungen zu errichten, unterwarf Frankreich im 19. Jahrhundert Mauretanien von Süden aus und band es administrativ an seine schwarzafrikanischen Kolonien. 1903 wurde Mauretanien Protektorat; bis 1912 gelang es Frankreich, den größten Teil des Landes unter seine Kontrolle zu bringen. 1920 gliederte es Mauretanien gegen den Widerstand der arabischen und berberischen Stämme in seine Kolonie Französisch-Westafrika ein.

Bereits 1884 hatte Spanien das zwischen Marokko und Mauretanien gelegene Gebiet der »Westsahara« zum Protektorat erklärt und drei Jahre später der Generalregierung der Kanarischen Inseln unterstellt. Die faktische Herrschaft beschränkte sich zunächst auf einzelne Plätze an der Küste.

Deutschland hat an den Entwicklungen im arabischen Raum bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nur einen marginalen Anteil gehabt (s. S. 338 ff.). Auf der Berliner Friedenskonferenz von 1878 war Reichskanzler Bismarck bemüht gewesen, bei der Aufteilung erheblicher Gebiete des Osmanischen Reiches die Rolle eines »ehrlichen Maklers« zu spielen. Eigene Ansprüche hatte Deutschland damals nicht angemeldet. Als Kaiser Wilhelm II. auf seiner zweiten Orientreise im Jahre 1898 Konstantinopel und anschließend Palästina und den heutigen Libanon besuchte, war dies dann freilich Ausdruck des wachsenden deutschen Interesses an politischer und wirtschaftlicher Durchdringung des Osmanischen Reiches. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurden der Bau der Bagdad-Bahn, auf politischem Gebiet die systematisch ausgebaute preußische Militärmission Symbole dieser Allianz. Sie war auch die Grundlage dafür, dass maßgebliche Kräfte in der osmanischen Regierung, allen voran der Kriegsminister Enver Pascha als Mitglied des herrschenden jungtürkischen Triumvirats, schließlich den Eintritt des Osmanischen Reiches in den Krieg an der Seite Deutschlands betrieben. Nur im Falle Marokkos suchte das Reich – letztlich vergebens – mit zu mischen. Um die französischen Pläne zu durchkreuzen, erklärte Wilhelm II. 1905 bei einem Besuch in Marokko Respekt für die Souveränität des Landes. Erst 1909 gab die Regierung in Berlin ihren Widerstand auf. Mit der Entsendung des Kanonenboots »Panther« im Juni/Juli 1911 (»Panthersprung nach Agadir«) suchte die deutsche Regierung Druck auf Frankreich auszuüben, das Reich

für seinen Verzicht auf Marokko durch Überlassung eines Teils seines Besitzes in Äquatorial-Afrika zu entschädigen.

### 1.1.3 Vorderer Orient

Während die Länder Nordafrikas flächendeckend unter unmittelbare europäische Herrschaft gerieten und – teils de facto, teils de jure – aus dem osmanischen Staat ausgeschieden, blieb der wachsende europäische Einfluss im Raum östlich des Mittelmeers, d. h. im Raum (Groß-)Syriens, namentlich im Libanon und in Palästina, indirekter Natur. Zur vollständigen Neuordnung dieses geopolitischen Raums kam es erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Als Folge der ägyptischen Eroberung Groß-Syriens war die Koexistenz von christlichen Maroniten und Drusen im Libanon-Gebirge zerbrochen. Die Osmanen versuchten, ihre Stellung dort wieder zu festigen, was jedoch in Europa auf Widerstand stieß. Insbesondere Frankreich war bemüht, auf dem Boden des drusisch beherrschten Emirats im *Mont Liban* ein eigenständiges maronitisches Fürstentum zu rekonstituieren. Nach der Einrichtung einer maronitischen und einer drusischen Verwaltungseinheit (unter einem osmanischen Gouverneur in Sidon) kam es 1841 zu einem regelrechten Bürgerkrieg zwischen beiden Seiten. Mit den Bemühungen um seine Beilegung geriet der Libanon zugleich verstärkt in den Strudel der Schutzmachtspolitik der europäischen Mächte: der Schutzmächte Frankreich für die Maroniten und England für die Drusen. Die *Hohe Pforte*, die Regierung des Osmanischen Reiches, musste nun immer stärker mit den europäischen Mächten um die Kontrolle des Vorderen Orients konkurrieren.

Die 10-jährige ägyptische Besetzung (1831–1840) des Vorderen Orients und die Öffnung des Suezkanals hatten das internationale Interesse an der »Levante« geweckt: Die wirtschaftlichen Potenziale, namentlich landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Seidenproduktion waren ins Fadenkreuz europäischer Interessen gerückt. In Palästina rivalisierten die europäischen Mächte um Einfluss; 1841 gründeten Preußen und England gemeinsam das protestantische Bistum Jerusalem. Russland und Frankreich nahmen ihre traditionellen Rollen als Schutzmächte der orthodoxen respektive katholischen Christen wahr. Preußen entsandte 1842 einen Konsul nach Jerusalem. Treibende Kräfte und Motive waren eine Mischung aus Bestrebungen um eine Restauration des Judentums, der Vorstellung vom friedlichen Kreuzzug, europäischen Kolonisierungsinteressen sowie präzisionistischen und zionistischen Aspirationen auf Palästina. Aber auch Konstantinopel war bestrebt, Palästina fester an das Reich zu binden: Telegraphenverbindungen wurden gebaut und 1872 wurde »Südpalästina« zum reichsunmittelbaren Distrikt (Sandschak von Jerusalem) erhoben. 1882 begann mit der ersten Einwanderungswelle (*aliya*) die Besiedlung Palästinas, die schließlich zur Gründung des Staates Israel führen sollte.

Im Libanongebirge (*Mont Liban*) war gegen Ende der 1850er Jahre die im Jahrzehnt zuvor eingerichtete Balance im Zusammenleben von Drusen und Maroniten zusammengebrochen. Die Drusen setzten sich gegen die maronitische Expansion zur Wehr, die unter dem Dach französischer Protektion unaufhaltsam schien. Auch in anderen Teilen des Reiches wuchsen die Ressentiments gegen den Aufstieg der Nicht-Muslime im Gefolge der osmanischen Reformdekrete (s. S. 29 f.) und gegen europäische Einmi-

schung und Durchdringung. Die Massaker an Maroniten und andere Ausbrüche von Gewalt, namentlich in Damaskus, im Jahr 1860 führten zu einer Neuordnung des Status des Libanon: Der osmanische Gouverneur, ein katholischer Christ, würde vom Sultan ernannt werden, aber der Zustimmung der europäischen Mächte bedürfen. Die konfessionelle Zusammensetzung des ihm zur Seite stehenden Verwaltungsrats war nach einem festen Schlüssel zwischen Christen, Muslimen und Drusen festgeschrieben. Das System des »Konfessionalismus«, das die libanesische Innenpolitik künftig prägen sollte, war geboren. Die Regelung bedeutete aber zugleich auch die Stärkung der Stellung Frankreichs in der Levante.

An den östlichen Grenzen des Osmanischen Reiches, das Mitte des 19. Jahrhunderts bemüht war, seine Positionen auch dort wieder zu festigen, war England bestrebt, seinen Einfluss auszubauen. In Mesopotamien gerieten die Provinzen Basra, Bagdad und Mosul immer stärker unter den wirtschaftlichen Einfluss Londons. Bereits 1839 hatte die *East India Company* Aden besetzt. Für das Königreich war die freie Schifffahrt im Persischen Golf, an der östlichen Küste der Arabischen Halbinsel sowie am Horn von Afrika und am Ausgang des Roten Meeres mit Blick auf den britischen Handel zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Indischen Ozean sowie den britischen Besitzungen auf dem indischen Subkontinent von größtem Interesse. Mit dem »Ewigen Waffenstillstand« von 1853, der jegliche feindselige Handlung auf See zwischen allen Staaten im Persischen Golf ächtete, begann die »Piratenküste« zur »Vertragsküste« (*Trucial Coast*) zu werden. Spätere Abkommen gingen noch weiter: So unterschrieb der Scheich von Bahrain im Jahr 1880 ein Abkommen, das de facto die auswärtigen Beziehungen seines Emirats unter britische Kontrolle stellte. Ähnliche Abmachungen mit anderen Scheichtümern folgten in den nächsten Jahren. Sie sollten nicht zuletzt sicherstellen, dass nicht andere Mächte, namentlich das Osmanische Reich, die britische Kontrolle gefährdeten. 1899 bzw. 1916 traten Kuwait und Katar in ein Schutzverhältnis mit Großbritannien ein. Zu dem Interesse an ungestörtem Handel trat zunehmend das Interesse am Zugang zu den Ölressourcen der Region hinzu. 1907 begann die *Royal Navy*, die Flotte von Kohle auf Erdöl umzustellen. Damit erfuhr die Region eine strategische Aufwertung. Nachdem im Mai 1908 ein erstes großes Erdölvorkommen in Iran entdeckt worden war, erteilten die Herrscher von Kuwait und Bahrain in den Jahren 1913 und 1914 Konzessionen; diese waren mit der Zusage verbunden, nur Personen oder Firmen, die von der englischen Regierung die Genehmigung hatten, zu gestatten, auf ihren Gebieten nach Erdöl zu suchen.

## 1.2 Reformbestrebungen

Die zunehmende Abhängigkeit der arabischen Länder und der osmanischen Herrschaft insgesamt von europäischen Mächten ließ Impulse zu vielfältigen Reformbestrebungen entstehen. Sie erfassten auch die Grundlagen der politischen Machtausübung. Die Erfolge der Europäer beruhten nicht nur auf ihrer Überlegenheit in Wissenschaft und Technik sowie auf ihrer militärischen Stärke, sondern auch auf der konstitutionellen und repräsentativen Regierungsform. Diese Überlegungen waren der Ausgangspunkt für

Verfassungsbewegungen in einer Reihe von Hauptstädten. In Tunesien sind diese eng mit dem Namen von Khayr ad-Din Pascha (1822/23–1890) verbunden. Er war als Mamluk, d. h. als kaukasischer (abchasischer) Militärsklave, nach Konstantinopel gekommen, hatte eine islamische Erziehung erhalten und war 1839 in die Dienste des Bey von Tunis getreten. Schockiert über die ungehemmte Verschwendung, die zu wachsender Abhängigkeit führte, kam er zu der Überzeugung, dass es notwendig sei, die Machtausübung des Herrschers zu begrenzen. 1861 wurde eine Verfassung proklamiert. Sie schrieb u. a. die Gleichheit aller Tunesier vor dem Gesetz und der Steuer sowie die Abschaffung der Monopole fest und schuf die Grundlage für einen *Obersten Rat* mit Beratungs- und Rechtsprechungskompetenzen. Dieser sollte aus 60 vom Herrscher zu bestimmenden Persönlichkeiten bestehen. Die exekutiven Befugnisse des Beys freilich wurden kaum eingeschränkt; er besaß weiterhin das Recht, seine Minister zu ernennen und zu entlassen. Khayr ad-Din, der zum ersten Präsidenten des Rates ernannt wurde, erkannte bald ernüchert, dass dieser nur über sehr begrenzte Spielräume der Kontrolle verfügte und eher instrumentalisiert wurde, die Entscheidungen des Bey abzusegnen. 1877 war der Graben zum Herrscher so tief, dass er seine Entlassung beantragte.

Einer der geistigen Väter der Verfassungsentwicklung war der Ägypter Rifa'a at-Tahtawi (1801–1873). Er hatte die französische Verfassung von 1830 ins Arabische übersetzt und kommentiert. In seiner Schrift *Programm der ägyptischen Herzen für die Freuden der zeitgenössischen Bildung* (1869) hatte er u. a. die Beratung des Herrschers nicht nur durch die Geistlichen (*ulama*), sondern auch durch Repräsentanten der neuen Wissenschaften gefordert. 1866 hatte Isma'il Pascha den ersten Konsultativrat der Deputierten eingerichtet. Er setzte sich aus 75 Mitgliedern zusammen, die indirekt für drei Jahre gewählt wurden. Wie in Tunesien freilich verfügte auch das ägyptische Pendant nur über begrenzte Beratungskompetenzen; an der Gesetzgebung war es nicht beteiligt. Gleichwohl entwickelte es sich zu einem Forum der gesellschaftlichen Eliten Ägyptens, auf dem Kritik an der Politik des Herrschers und der Regierung zum Ausdruck gebracht werden konnte.

Die Entwicklung zu Ansätzen einer konstitutionellen Regierung war nicht zuletzt ein Reflex umfassender Reformanstrengungen seitens der osmanischen Staatsführung selbst. In den beiden Reformedikten, die unter dem Namen *Tanzimat* geschichtliche Bedeutung bekommen haben (1839 und 1856), schrieb Sultan Abdülmecit I. grundlegende Rechte der Bürger fest: ihre Gleichheit vor dem Gesetz (ohne Ansehen der Religion), die Sicherheit des Lebens und der Ehre aller Osmanen sowie ihres Besitzes, das Ende der Steuerpacht und ihrer Missbräuche sowie gerechte und öffentliche Gerichtsbarkeit für alle Angeklagten. Die anhaltende Kritik an der Politik und der Ausübung der Macht durch den Sultan führte 1876 zur Verkündung der osmanischen Verfassung und zur Einberufung des ersten osmanischen Parlaments. Wie auch in Tunesien und Ägypten aber war auch der osmanische Sultan nicht bereit, die Einschränkungen seiner Regierungsbefugnisse zu akzeptieren. Bereits 1878 suspendierte Abdülhamit II. die Verfassung und löste das Parlament auf. Erst mit der jungtürkischen Revolution von 1908 sollte das Reich wieder zu einer konstitutionellen Herrschaft zurückkehren.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und in der Vorkriegszeit war durch ihre zunehmende